



Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

23. Juni 2009

„Schwerer Schlag für die Mitarbeiter und ihre Familien“

Susanne Kastner bedauert Insolvenz des Bauunternehmens J.K. Welz

Berlin/Maroldsweisach Mit Bedauern reagiert Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner auf die Insolvenz des Bauunternehmens J.K. Welz. Das Aus für das Familienunternehmen, das seinen Sitz in Susanne Kastners Heimatort Maroldsweisach hat, ist ein schwerer Schlag für den nördlichen Landkreis.

Nun ist es amtlich. Auch wenn Sparkassen- und Betriebsratsvertreter nach einer Demonstration vor dem Sparkassen-Gebäude in Haßfurt am vergangenen Donnerstag noch einmal ein wenig Zuversicht verbreiteten, war die Insolvenz von J.K. Welz nicht mehr abzuwenden. Am Montag erfolgte der Gang zum Insolvenzgericht.

„Das ist ein schwerer Schlag für die Mitarbeiter und ihre Familien“, drückt Susanne Kastner ihr tiefes Bedauern aus. Durch die Insolvenz des Unternehmens droht der Verlust von mehr als 100 Arbeitsplätzen in ihrer Heimatgemeinde Maroldsweisach. Das Bauunternehmen war der zweitgrößte Arbeitgeber in der Marktgemeinde und eine der letzten größeren Baufirmen im nördlichen Landkreis, der an Arbeitsplätzen nicht gerade verwöhnt ist. „J.K. Welz ist ein wichtiges Stück Maroldsweisach. Teilweise arbeiten die Leute dort schon in der dritten Generation“, unterstreicht sie die Bedeutung des Unternehmens für ihren Heimatort.

J.K. Welz war für viele völlig überraschend in Schwierigkeiten geraten, obwohl die Auftragsbücher eigentlich gut gefüllt sind. Von der Hausbank gestrichene Kredite hatten zur finanziellen Schieflage geführt, die jetzt in der Insolvenz endet.

Susanne Kastner hatte in den vergangenen Tagen in intensiven Gesprächen mit Banken, der Unternehmensleitung und dem Landrat immer wieder versucht, das Aus für das Familienunternehmen abzuwenden. „Ich habe mich für das Unternehmen und vor allem für seine Beschäftigten eingesetzt und bis zuletzt gehofft, dass meine Bemühungen erfolgreich sein würden“, so die Politikerin. Dabei sei eine Rettung durchaus möglich gewesen. „Wenn alle an einem Strang gezogen und 100prozentigen Willen gezeigt hätten, J.K. Welz zu retten, wäre die Insolvenz zu vermeiden gewesen.“

Die Bundestagsvizepräsidentin hätte sich vor allem gewünscht, dass die Hausbank ein bisschen beweglicher gewesen wäre. „Wenn die Sparkasse wirklich gewollt hätte, dann hätte man sicherlich einen Weg gefunden, J.K. Welz und die gut 120 Mitarbeiter vor der Insolvenz zu bewahren.“ Zum Beispiel über staatliche Kreditprogramme für Mittelständler, die aber nur über die Hausbank beantragt werden können.

Was bleibt ist nur die Hoffnung, dass der Gang zum Insolvenzgericht am Montag nicht der Anfang vom endgültigen Ende des Bauunternehmens J.K. Welz war. „Ich setze darauf, dass es dem Insolvenzverwalter gelingt, möglichst viele Stellen zu erhalten und das Unternehmen weiterzuführen“, glaubt die Bundestagsvizepräsidentin an eine zweite Chance.